

zukunftsfähiges Abitur“ Friedemann Stöffler gehalten. Als Schwerpunkt seines Vortrages zeigte er die möglichen „Stellschrauben“ auf, die aus der KMK Vereinbarung für eine neue Oberstufenverordnung in Niedersachsen genutzt werden sollten. Kritisch äußerte sich Stöffler gegenüber der Arbeitsweise der KMK als „Allianz zur Verhinderung von Innovation“, was nicht mehr der Beteiligungskultur der KMK aus dem Jahr 1972 entspricht (vgl. KMK 1972, S. 11f). Er betonte besonders, dass er sich nicht kritisch über die beteiligten Personen der KMK äußere, sondern über das Selbstverständnis der Institution KMK.

Im zweiten Teil der Veranstaltung wurde in sieben Workshops aus der Praxis von Schulen über eine neue Prüfungskultur, neue Lernformate (Pulsare, Lernexpedition und Deeper Learning), die Profiloberstufen, das ECO-Oberstufenprofil, die Daltonpädagogik und den themenzentrierten Unterricht in der Einführungsphase berichtet und diskutiert.

Nach einer intensiven Open-Space-Phase zu fünf unterschiedlichen Kategorien einer neuen Oberstufenverordnung (Prüfungsformate, Lernkultur,

zeitliche Flexibilisierung, Profiloberstufe, Bildungspläne/Kerncurricula) wurden die Ergebnisse im Plenum präsentiert und diskutiert, bevor sich aus dem Ministerium der Referatsleiter für Gesamtschulen zur Oberstufenverordnung positionierte. Er beschrieb denkbare Korridore in unterschiedlichen Kategorien der gymnasialen Oberstufe, die im Ministerium diskutiert würden, ohne konkrete Zusagen machen zu können. Ziel des Ministeriums ist es, eine neue Oberstufenverordnung für Niedersachsen im August 2026 zu veröffentlichen.

Mit einer Teilnehmerzahl von 110 bei der Fachtagung, dem sehr positiven Feedback schon während der Veranstaltung und den guten Ergebnissen der Open-Space-Phase ist das Veranstalterteam rundum zufrieden.

Eine weitere GGG-Landesveranstaltung zu innovativer Oberstufenarbeit ist bereits in Schleswig-Holstein für den Februar 2024 in Planung.

► Quellenangaben auf ggg-web.de

Das Bündnis: Eine für alle

– die inklusive Schule für die Demokratie 2014 – ???

Gerd-Ulrich Franz

Brigitte Schumann, ehemalige Abgeordnete der GRÜNEN im Landtag NRW und Mitglied in mehreren schulbezogenen Verbänden, initiierte 2014 ein Treffen an der Uni Bielefeld bei Eiko Jürgens. Sie sprach in der GGG Werner Kerski, Lavo NRW und stellvertretender Bundesvorsitzender, wegen der Teilnahme an. Aus diesem ersten Treffen erwuchs ein gemeinsames Projekt von GEW, GGG, GSV, AHS, Politik gegen Aussonderung – Koalition für Integration und Inklusion e.V. (PogA) und dem NRW-Bündnis „Eine Schule für alle“, mit dem das Thema Inklusion in der Schule wieder

vorangbracht werden sollte. Es schloss sich inhaltlich an die Initiative „Länger gemeinsam Lernen“ von GSV und GGG aus 2001 an¹.

Eine Koordinierungs- und Vorbereitungsgruppe tagte ab 2015 regelmäßig bei der GEW in Frankfurt. Aus einem Experten-Colloquium entwickelte die Gruppe die Planung eines Inklusionskongresses an der Uni in Frankfurt.

Um das gemeinsame Entstehen der Verbände für die inklusive Schule zu bekräftigen, wurde die „Frankfurter Erklärung“² formuliert. Diese mündete in die Selbstverpflichtung, sich für Mehrhei-



Grafische Darstellung des Bündnisses als Schnittmenge der beteiligten Verbände.
Roland Grüttner



ten für die inklusive Schule für die Demokratie einzusetzen. Der Kongress im September 2016 wurde mit über 400 TeilnehmerInnen allseits als Erfolg wahrgenommen, auch wenn das medial-öffentliche Echo enttäuschend gering war. Die aufgrund der Unterstützung durch die Aktion Mensch eingesparten Verbandsmittel standen nun für die Fortsetzung gemeinsamer Aktivitäten zur Verfügung.

Die von der GGG eingebrachte Idee einer festen, dauerhaft organisatorisch abgesicherten ‚Allianz‘ fand keine Mehrheit in der Runde. Allerdings verständigte man sich auf die inhaltliche Auswertung des Kongresses durch eine Heftreihe mit Beiträgen und zu den Themen des Kongresses³. Heft 7 machte 100 Jahre Schulreform in Deutschland als (un)endliche Geschichte zum Thema⁴. Eine für 2020 angedachte ‚Reichsschulkonferenz‘ wurde wegen Problemen des Zugangs zum Reichstag und des befürchteten Organisationsaufwands nicht weiterverfolgt. Stattdessen konnte mit dem „Legislativen Theater Berlin“ eine interaktive Performance zu 100 Jahren Schulreform vorbereitet, allerdings wegen der Pandemie nur digital durchgeführt werden⁵. Die gemeinsame Weiterarbeit bedurfte nun einer finanziell-organisatorischen und inhaltlichen Neubestimmung des Bündnisses.

Dabei wurde deutlich, dass die eine inklusive Schule für alle – obwohl gemeinsames Ziel – in den Verbänden ‚naturgemäß‘ unterschiedlich tief in der Planung verankert war und ist. Es bedarf eines erheblichen Koordinationsaufwandes

und Kooperationsinteresses, um hier gemeinsam voranzukommen. Es bietet sich an, hierfür die Treffen zu Himmelfahrt zu verwenden. Auch eine stärkere Verzahnung der Bundes- und Länderebene wäre vor allem wichtig, um vor Ort die Ziele wirksamer zu verfolgen, wie sich aus Erfahrungen u. a. in Hamburg und jüngst in Hessen deutlich zeigte. Der Hauptausschuss der GGG hat dies beim letzten Treffen diskutiert und zur dauerhaften Absicherung beschlossen, jährlich 1% der Mitgliedsbeiträge im Haushalt für die Bündnisarbeit vorzusehen. Ich wurde aufgefordert, eine solche Bekräftigung der Kooperation mit den Bündnispartnern zu erörtern und so eine weitere Vertiefung der Zusammenarbeit anzustreben – denn nur gemeinsam kommen wir der einen, inklusiven Schule für die Demokratie näher!

Quellen

- 1 <https://ggg-web.de/index.php/service/ggg-downloads/category/4?download=24>
- 2 <https://ggg-web.de/home/ggg-positionen/66>
- 3 <https://ggg-web.de/publikationen/eine-fuer-alle>
- 4 <https://ggg-web.de/publikationen/eine-fuer-alle/1539>
- 5 <https://ggg-web.de/z-ueberregional-aktivitaeten/98/1705>